

A N T R A G

der Abgeordneten Barbara Spaniol (fraktionslos)

betr.: Militärischen Fluglärm als besondere Belastung der Menschen in der Region anerkennen – für eine kontinuierliche Reduzierung des militärischen Fluglärms im Saarland

Der Landtag wolle beschließen:

Militärischer Fluglärm hat mit seinen Auswirkungen in den letzten Jahren vor allem im nördlichen und östlichen Saarland eine neue Qualität erreicht. Während einerseits zwar nach Aussagen der Bundesluftwaffe der lärmintensive Tiefflugbetrieb mit Kampffjets seit 1990 reduziert worden ist, sind andererseits die Neuaufteilung der Übungsräume für Militärflugzeuge sowie die Einrichtung eines grenzüberschreitenden Trainingssystems wiederum für die Zunahme von Fluglärm verantwortlich.

Der Neuzuschnitt des militärischen Übungsraums im Rahmen der sog. TRA Lauter („Temporary Reserverd Airspace“, d. h. zeitweise reservierter Luftraum im Bereich Kaiserslautern) besteht in der heutigen Dimension mit nicht limitierter Laufzeit seit November 2003. Die TRA Lauter dient u. a. zum Betreiben einer länderübergreifenden großflächigen Übungseinrichtung mit der Bezeichnung POLYGONE im pfälzisch-lothringischen Grenzraum, die auch über dem Saarland und der Westpfalz liegt.

Militärische Übungsflüge verursachen Lärm und Schadstoffemissionen – insbesondere die Lärmwirkungsforschung bestätigt seit langem durch Lärm verursachte gesundheitliche Schäden. Die Bürgerinnen und Bürger in den betroffenen Regionen des Saarlandes sind infolge der Militärflug-Belastung zunehmend stärker in Bezug auf ihre Lebensqualität beeinträchtigt. Der Kreistag St. Wendel hat in seiner Sitzung am 29.05.2007 einstimmig in einer entsprechenden Resolution formuliert, dass „dieser Lärm nicht nur der Gesundheit der Menschen im Kreis und dem Wohnwert in unserer Region schadet, sondern dass der Lärm auch kontraproduktiv ist zum Bemühen des Kreises, die Region touristisch weiter zu entwickeln.“

Einstimmig hat auch im Jahre 2006 der Gemeinderat in Schmelz dazu aufgefordert, alle Möglichkeiten zur Reduzierung des militärischen Fluglärms auszuschöpfen. Die Bürgermeister der von Fluglärm betroffenen Gemeinden Schmelz und Losheim zeichnen sich durch beharrliches Engagement für Maßnahmen gegen die Lärmbelastungen aus.

Vor dem Hintergrund aller bisherigen, nur wenig erfolgreichen Appelle und Maßnahmen spricht sich der Landtag dafür aus, gemeinsam mit den Landesregierungen im Saarland und in Rheinland-Pfalz stärker auf Bundesebene für eine deutliche Reduzierung des militärischen Fluglärms einzutreten.

Insbesondere sind diesbezüglich folgende konkrete Initiativen anzustrengen:

- Neuauflage des Dialogs mit Vertreterinnen und Vertretern der Bundesregierung, der US-Streitkräfte, der saarländischen und rheinland-pfälzischen Landesregierungen sowie der Interessenvertretungen der Betroffenen;
- Anstreben eines generellen Nachtflugverbots von 19.00 Uhr bis 7.00 Uhr auch für Militärflughäfen zum Lärm- und Gesundheitsschutz der betroffenen Bürgerinnen und Bürger;
- Durchsetzung niedrigerer und strengerer Grenzwerte für die zulässige Lärmbelastung auch durch militärischen Fluglärm;
- Prüfung der negativen Auswirkungen der militärischen Fluglärmbelastung im Hinblick auf die Entwicklung des Tourismus in den betroffenen Regionen im Saarland im Rahmen eines entsprechenden Gutachtens.

B e g r ü n d u n g :

Erfolgt mündlich.